

29 EURO FÜR DEN NAHVERKEHR IN BERLIN FÜR ALLE – DAS GIBT ES NUR MIT DER SPD

Die SPD-geführte Bundesregierung hat mit dem 9 Euro-Ticket, das im vergangenen Sommer drei Monate galt, erstens **eine schnelle finanzielle Entlastung** für viele Pendlerinnen und Pendler erreicht, aber auch bewiesen, wie groß das Interesse an einer einfachen und bundesweit gültigen Nahverkehrsfahrkarte ist.

Als einziges Bundesland hat sich Berlin entschieden, seit September und bis zur **Einführung des Deutschlandtickets**, das voraussichtlich im April oder Mai starten wird und dann für 49 Euro im Monat bundesweit für den Nahverkehr gültig sein wird, für den **Nahverkehr in Berlin ein Ticket für 29 Euro** anzubieten.

Das ist nicht nur eine Entlastung für die bisherigen Abonnenten. Fast **1,1 Millionen Berlinerinnen und Berliner** nutzen nun das Abo der BVG und sind mobil. Zusätzlich fahren alle Schülerinnen und Schüler in Berlin gebührenfrei.

Die SPD will, dass es nach Einführung des Deutschland-Tickets für 49 Euro, mit dem man bundesweit in allen Verkehrsverbänden fahren und den Regionalverkehr nutzen kann, weiter ein Ticket für 29 Euro gibt, das man wahlweise dann nutzen kann, wenn man nur in Berlin flexibel den Nahverkehr nutzen will.



ÖFFNUNGSZEITEN

Mo 15:00 – 19:00 Uhr
Di 9:00 – 13:00 Uhr
Mi 9:00 – 16:00 Uhr
Do 10:00 – 15:00 Uhr

WAHLKREISBÜRO:
BÜHRINGSTRASSE 6, 13086 BERLIN

MAIL-KONTAKT:
INFO@DENNIS-BUCHNER.DE

WEBSITE:
DENNIS-BUCHNER.DE

TELEFON:
(030) 22 05 07 10



WAHLKREISBÜRO
BÜHRINGSTRASSE 6, 13086 BERLIN

MAIL-KONTAKT
INFO@DENNIS-BUCHNER.DE



25. AUSGABE / 02-23

Kiez ZEITUNG

Blankenburg, Stadtrandsiedlung
Malchow & Weißensee-Nordost

DENNIS-BUCHNER.DE



Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

zum 25. Mal darf ich Ihnen meine Kiezzeitung präsentieren. Der Wahlkreis steht, insbesondere in Blankenburg vor wichtigen Herausforderungen. Mit Ihrer Erststimme für mich können Sie verhindern, dass ein AfD-Politiker künftig den Wahlkreis im Abgeordnetenhaus vertritt. Somit kann ich mich weiterhin mit Kraft und Erfahrung für unsere Ortsteile einsetzen. In dieser Ausgabe widme ich mich zwei Themen, die viele Besitzer von Grundstücken und Eigenheimen interessieren. Die SPD hat in Bund und Land auch ein Entlastungspaket für die vorbereitet, die mit Holz, Öl oder Kohle heizen und deutlich höhere Kosten haben. Die Grundsteuerreform 2025 bewegt ebenfalls viele.

Ich wünsche Ihnen neue Erkenntnisse und alles Gute,

Ihr Dennis Buchner

SPD SORGT FÜR ENTLASTUNGEN BEI ÖL, KOHLE UND HOLZPELLETS

Seit 1. Januar greift für Strom- und Gaskunden ein Preisdeckel, der die **Energiepreise begrenzt** und mit anderen Maßnahmen in der aktuellen Krise unterstützen soll.

Auf Initiative der Berliner SPD hat die Regierung Scholz auch eine Unterstützung für die Menschen beschlossen, die mit Kohle, Heizöl oder Holzpellets heizen. Hierfür stehen **1,8 Milliarden Euro zur Verfügung**.

Bei solchen nicht an Leitungen gebundenen Energieträgern ist die Auszahlung leider etwas schwieriger. Bund und Bundesländer schließen dazu gerade eine Verwaltungsvereinbarung ab, die Anträge werden bei den Bundesländern gestellt. In Berlin wird es eine einfache elektronische Antragstellung geben. Für Sie ist wichtig:

1. Sie benötigen die **Energierrechnung**, die Sie für Ihre Bestellung oder Bestellungen zwischen 1.1.2022 und 1.12.2022 erhalten haben.

2. Außerdem die **vergleichbare Energierrechnung für die Heizöllieferung aus 2021**.

3. Wenn Sie auch für Mieterinnen und Mieter Ihrer Immobilie bestellt haben, dann müssen Sie **eidesstattlich versichern, dass Sie die Ersparnis auch an diese weitergeben**.

Generell können Sie mit Unterstützung rechnen, wenn sich Ihr Energiepreis mindestens verdoppelt hat.

Die Antragsstellung soll etwa ab Anfang Februar möglich sein.

Wie immer gilt mein Angebot: melden Sie sich telefonisch oder persönlich mit den benötigten Unterlagen bei mir im Büro. Gern helfen mein Team und ich Ihnen durch den Prozess der Antragstellung.

Wichtig: bitte melden Sie sich auch, wenn sich Ihre Energiekosten nicht verdoppelt haben, Sie aber dadurch in finanziell schwierige Situationen kommen. Über Härtefallfonds sind ggf. andere Unterstützungen möglich.

DENNIS BUCHNER MdA
DENNIS-BUCHNER.DE

WAHLKREISBÜRO
BÜHRINGSTRASSE 6, 13086 BERLIN

MAIL-KONTAKT
INFO@DENNIS-BUCHNER.DE

GRUNDSTEUERREFORM – WAS HEISST DAS EIGENTLICH?

Als Eigentümer: Ich muss eine Erklärung abgeben.

Wer ein unbebautes oder bebautes Grundstück hat oder in einer Eigentumswohnung lebt, der muss derzeit eine Erklärung beim Finanzamt abgeben, anhand derer ein Grundsteuerwert festgelegt wird.

Warum ist das so?

Die CDU erweckt derzeit in amtlich aussehenden Schreiben den Eindruck, diese Reform sei eine Idee der neuen SPD-geführten Bundesregierung. Stimmt nicht: 2018 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Grundsteuer in der bisherigen Form mit dem „Einheitswert“ gegen die Verfassung verstößt.

Eigentlich ist der Gesetzgeber verpflichtet, den Wert eines Grundstücks in regelmäßigen Abständen neu zu ermitteln. Getan hat er das bislang nicht. Für den Westteil Deutschlands sind die Grundstückswerte von 1964 die Grundlage, für den Ostteil Deutschlands die Werte von 1935. Der Wert von Grundstücken und Immobilien hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten aber lokal völlig unterschiedlich entwickelt.

Was sind Steuermesszahl und Hebesatz?

Natürlich ist längst bekannt, dass die Grundstücke und Immobilien heute deutlich mehr wert sind, als sie es 1935 oder 1964 waren. Deswegen wird der Einheitswert mit einer Steuermesszahl multipliziert, die im Ostteil schon höher angesetzt war als im Westen, um die älteren Immobilienwerte etwas auszugleichen. Die Steuermesszahl liegt in Berlin derzeit zwischen 2,6 und 10 Promille. Sie orientiert sich daran, wie ein Grundstück genutzt wird. Zudem legen Gemeinden auch noch den sogenannten Hebesatz fest, der sich oft nach der Attraktivität und Nachfrage in einer Gemeinde liegt.

Wird es für mich teurer?

Die Grundsteuern werden komplett von den Kommunen behalten und sind die wichtigste „eigene“ Einnahmequelle. Die Forderung „Grundsteuer abschaffen“, die die AfD bei der Wahl plakatiert, wäre daher nicht sinnvoll. Sie muss bundesweit erhoben werden.

Die jetzt notwendige Reform ist vom Gericht verordnet und keine politische Entscheidung. Sie dient auch nicht dem Ziel, die Einnahmen aus der Grundsteuer zu erhöhen. Deswegen soll sie für die Kommunen – hier also das Land Berlin - aufkommensneutral sein.

Im ersten Schritt wird jetzt der neue Einheitswert ermittelt, der ab 2025 gilt. Aus diesem kann man noch nicht eine neue Steuerbelastung berechnen, denn: da die Steuer ohne Mehreinnahmen für das Land neu berechnet wird, wird das Abgeordnetenhaus die Steuermesszahl und den Hebesatz ebenfalls anpassen.

Was ist im Norden Pankows zu erwarten?

Grundsteuern wurden immer wieder angepasst. Einige Angstmacher versuchen jetzt, politisch Kapital zu schlagen, indem sie verkürzen und behaupten, wenn sich z.B. der Wert eines Grundstücks seit 1935 vervielfacht habe, dann würde auch die Grundsteuer entsprechend vervielfacht. Dem wird nicht so sein. Grundstückswerte sind in ganz Berlin deutlich gestiegen, aber: es soll ja insgesamt nicht mehr Geld eingenommen werden.

Die Grundstückswerte in Weißensee, Blankenburg und der Stadtrandsiedlung sind tendenziell etwas stärker gestiegen, auch durch die Schließung des Flughafens Tegel. Deshalb sind moderate Steigerungen bei der Grundsteuer wahrscheinlich, denen aber deutlich höhere neue Werte der Immobilien gegenüberstehen.

VERSprochen - GEHALTEN! SO LIEFERT DIE SPD

Mit Beginn des Jahres 2023 gibt es erhebliche Verbesserungen für viele Menschen in Berlin.

Härtefallfonds bei Energieschulden:

Als freiwillige Leistung hilft das Land Berlin Menschen, die eine Sperre oder Sperrandrohung ihres Energieversorgers erhalten haben und ihre Energieschulden nicht aus dem laufenden Einkommen decken können. Der Härtefallantrag kann online unter: www.service.berlin.de gestellt werden, dort gibt es auch weitere Informationen.

Wohngeld rauf:

Insbesondere Familien mit kleineren Einkommen und Rentner mit kleinen Renten sollten jetzt unbedingt ihren Anspruch auf Wohngeld berechnen. Das Wohngeld ist zum 1.1. deutlich gestiegen, die **Zahl der Berechtigten hat sich verdreifacht**. In der vorletzten Ausgabe habe ich ausführlich berichtet. Kommen Sie gern in meinem Büro vorbei oder rufen Sie an. Wir helfen Ihnen gern beim Durchrechnen von möglichen Ansprüchen.

Das neue Bürgergeld:

Das Bürgergeld hat am 1.1. das Arbeitslosengeld II abgelöst. Das bedeutet mehr Geld für die Empfänger dieser Leistung und die im Haushalt lebenden Partner und Kinder. Wer nach langer Erwerbsarbeit arbeitslos wird, hat jetzt ein größeres Schonvermögen und so mehr Zeit, um wieder Arbeit zu finden.

Kindergeld erhöht:

Ab dem 1. Januar gibt es mehr Kindergeld. Für jedes Kind werden dann **250 Euro gezahlt, 31 Euro mehr als bisher**. Auch der Kinderzuschlag wurde erhöht. Hier sollten Familien, die keine Sozialleistungen beziehen, aber nur kleine Einkommen haben, ihren Anspruch ausrechnen. Im Unterschied zu Kindergeld muss der Kinderzuschlag beantragt werden. Auch hier gilt: bei Fragen melden Sie sich gern auch in meinem Büro.

Steuern runter:

Der Grundfreibetrag ist **um 561 Euro auf 10908 Euro** gestiegen. **Auch die Kinderfreibeträge steigen**. Dadurch und durch weitere Maßnahmen sinkt die Steuerbelastung.

Renten rauf:

Rentenerhöhungen werden immer zur Jahresmitte umgesetzt. Am 1.7.2022 sind die **Renten im Osten um 6,1% angehoben** worden. Auch zum 1.7.2023 ist eine deutlich Rentenerhöhung zu erwarten, derzeit ist von etwa 4,2% auszugehen.

Mindestlohn erhöht:

Der Mindestlohn ist bereits zum 1.10.2022 deutlich erhöht worden. Kein Lohn darf seitdem niedriger liegen als **12 Euro pro Stunde**.

Energiepreisbremse: Mit Beginn des Jahres 2023 greifen die **Preisbremsen für Strom (40 Cent/kWh) und Gas (12 Cent/kWh)**. Das bedeutet, dass die Versorger maximal diesen Preis abrechnen dürfen. Das gilt für 80% des Verbrauchs des Vorjahres.

Bildung gebührenfrei:

Die **Kita bleibt ebenso beitragsfrei** wie die ersten zwei Jahre Hortbetreuung, das Mittagessen in der Grundschule und der **öffentliche Nahverkehr für alle Schülerinnen und Schüler** in Berlin. Das ist bundesweit einzigartig. **Und das sichert die SPD.**

